

An den Oberbürgermeister der
Stadt Stuttgart
Rathaus
Marktplatz (M) 1
70173 Stuttgart

Sowie an die Mitglieder des
Gemeinderats der Stadt Stuttgart

Offener Brief zum Antrag des CDU-Fraktionsvorsitzenden Alexander Kotz, der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Beate Bulle-Schmid, Dr. Klaus Nopper und Jürgen Sauer vom 12. April 2019:
„Israel ist unser Partner - Gegen jede Form des Antisemitismus in Stuttgart!“

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kuhn,
sehr geehrte Mitglieder des Gemeinderats der Stadt Stuttgart,
sehr geehrte Antragsteller,**

mit Erstaunen haben wir den oben genannten Antrag der CDU-Gemeinderatsmitglieder vom 12. April 2019 gelesen. Die im Antrag erklärte Absicht offenen und verdeckten Antisemitismus zu verurteilen und zu unterbinden, ist wichtig und auf jeden Fall zu unterstützen. **Doch mit den im Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen würden Gemeinderat und Stadt das genaue Gegenteil erreichen: eine Beschädigung der Diskussionskultur und ein totalitäres Klima, das Rassismus einschließlich Antisemitismus begünstigt.**

Anders als im Antrag inhaltlich völlig falsch und diffamierend dargestellt, sind der Charakter und die Vorgehensweise der BDS-Kampagne (**Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen**) **in keiner Weise antijüdisch/antisemitisch, sondern orientieren sich streng am internationalen Menschen- und Völkerrecht.** Die BDS-Bewegung verurteilt jegliche Form des Rassismus in scharfer Weise und sieht die oppositionellen jüdischen Israelis sowie Juden weltweit als Partner, die sich gegen die Vereinnahmung durch den Staat Israel und dessen Unterdrückungspolitik wenden. Der Aufruf wendet sich daher auch ausdrücklich direkt an sie..

Damit hat die Bewegung gerade auch unter Jüdinnen und Juden zahlreiche Unterstützer gefunden. Dazu gehören die große US-amerikanische Organisation Jewish Voice for Peace und international 40 jüdische Organisationen (in Deutschland befürwortet die Jüdische Stimme für gerechten Frieden die Initiative). Zu den prominenten BDS-Aktivisten gehören die US-amerikanische Philosophie-Professorin und Adorno-Preisträgerin Judith Butler (2019 wurde Professor Judith Butler als herausragende Wissenschaftlerin in die American Academy of Arts and Sciences gewählt), der US-amerikanische Professor für Psychologie Marc Braverman und die israelischen Filmemacher Udi Aloni und Eyal Sivan. Auch der südafrikanische Bischof Desmond Tutu, der während des Widerstands gegen die südafrikanische Apartheid mit seinem Engagement für die Menschenrechte bekannt geworden ist, setzt sich für die BDS-Bewegung ein.

Zahlreiche jüdische Akademikerinnen und Akademiker haben aktuell im März 2019 in einem offenen Brief die Unterstellung zurückgewiesen, BDS sei antisemitisch. Unter den Unterzeichnern befindet sich beispielsweise die in Stuttgart aus Vorträgen gut bekannte Sozialwissenschaftlerin Professor Eva Illouz, Hebrew University Jerusalem. **Bereits im vergangenen Jahr haben jüdisch-israelische Akademiker einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie sich gegen die Gleichsetzung von Antizionismus mit Antisemitismus wenden.** Unterzeichnet wurde die Erklärung unter anderem auch von dem aus Fernsehdokumentationen bekannten Historiker Professor Moshe Zimmermann (emeritus, Hebrew University, Jerusalem).

Auf EU-Ebene gehört BDS selbstverständlich zu den legitimen politischen Initiativen, die durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt sind. Dies hat **Federica Mogherini**, Hohe Vertreterin der EU für

Außen- und Sicherheitspolitik, im Jahr 2016 explizit bestätigt, siehe:

europarl.europa.eu/doceo/document/E-8-2016-005122-ASW_EN.html?redirect

Ist der CDU-Antrag erfolgreich, werden all diese Persönlichkeiten von Veranstaltungen in den öffentlichen Räumen der Stadt Stuttgart ausgeschlossen. Dagegen hätte beispielsweise der AFD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Alexander Gauland, keinerlei Probleme, mit Auftritten in Stuttgart. Dabei ist gerade Gauland unter anderem deshalb auf schärfste Kritik gestoßen, da er versuchte, die deutschen Nazivergangenheit als „Vogelschiss der Geschichte“ zu verharmlosen.

Es ist offensichtlich: **Das im CDU-Antrag geforderte Vorgehen steht im Widerspruch zur formulierten Absicht. Viele jüdische Referenten bekommen Auftrittsverbot, rechtsextreme Politiker, die die Bedeutung des Holocausts für die deutsche Geschichte herunterspielen, behalten freie Hand in der Stuttgarter Öffentlichkeit.**

Die **politische Entwicklung in Israel/Palästina bestätigt für jeden sichtbar die Analyse und Forderungen der BDS-Bewegung** an die israelischen Regierungen und das israelische politische Establishment. Anerkannte **Menschenrechtsorganisationen** und in diesem Bereich aktive **prominente Persönlichkeiten geben der BDS-Bewegung Recht in ihrer Analyse und ihren Forderungen.**

Amnesty International hat vor kurzem zum wiederholten Mal ein Waffenembargo gegen den Staat Israel gefordert. Die Organisation hat dies mit dem Untersuchungsbericht des UNO-Menschenrechtsrats zum Vorgehen der israelischen Armee gegen die Demonstranten an den Sperranlagen um den Gazastreifen sowie damit übereinstimmenden eigenen Untersuchungen begründet, die auf schwere Menschenrechtsverletzungen schließen lassen.

amnesty.org/en/latest/news/2019/03/one-year-on-from-protests-gaza-civilians-devastating-injuries-high-light-urgent-need-for-arms-embargo-on-israel/

Auch Amnesty International wird seit einigen Jahren von Vertretern der israelischen Regierung und der DIG (Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V.) nahestehenden Persönlichkeiten attackiert, eben wegen dieser Kritik an der israelischen Politik.

Der ehemalige Sonderberichterstatter der UN für die Situation der Menschenrechte in den palästinensischen Autonomiegebieten und (jüdische) Professor für Völkerrecht (Princeton University) Richard A. Falk ist in einer juristischen Studie zum Ergebnis gekommen, dass **der Begriff Apartheid berechtigt ist, für das Herrschaftssystem dem Israel die Palästinenser unterstellt, und zwar im gesamten Gebiet des historischen Mandatspalästina.** Er bestätigt damit zahlreiche Analysen von Juristen und anderen Wissenschaftlern (u.a. Südafrikanern), die sich mit dem israelischen Rechtssystem (dem Besatzungssystem und den mehr als 50 Gesetzen, die die Palästinenser mit israelischem Pass diskriminieren) auseinandergesetzt haben. **Erst im vergangenen Jahr hat die israelische Regierung und die Knessetmehrheit diese menschenrechtswidrige Diskriminierung von Palästinensern und anderen Nichtjuden offen zum Gegenstand eines Gesetzes mit Verfassungsrang gemacht.**

Die Verurteilung des israelischen Rechtssystems als Apartheidherrschaft und die Forderung von Sanktionen angesichts der nachweisbaren Menschenrechtsverletzungen sind offensichtlich keine Dämonisierung und schon gar nicht antisemitisch und für jeden sichtbar. Diese Thesen und auf dieser Grundlage formulierten **Forderungen** müssen vielmehr **offen diskutiert und untersucht werden können.** Wer sich dem entgegenstellt, blockiert den Weg zum friedlichen Zusammenleben.

Für jeden leicht nachprüfbar ist die Tatsache, dass die **israelische Regierung** seit mehreren Jahren nicht nur **eine mit einem großzügigen Budget ausgestatteten Kampagne gegen BDS betreibt, sondern gleichzeitig auch eine Image-offensive** verfolgt. Die israelische Regierung zielt damit darauf ab, eine **Diskussion über die Menschenrechtsverletzungen durch den Staat Israel und seine Vorläuferorganisationen zu stoppen, die verstärkt auch in Israel selbst etwa seit 1982 im Gange ist.** Die Studien der sogenannten **neuen israelischen Historiker** sind das bekannteste Element des **veränderten Blicks auf den so genannten Nahostkonflikt, u.a. auch im wissenschaftlichen Bereich.** In **Stuttgart** hat sich diese Kampagne deutlich bemerkbar gemacht, als das Palästina-Komitee 2018 in Zusammenarbeit mit Gruppen der Universität Hohenheim einen **Vortrag mit Professor Ilan Pappé anbot, einem bekannten Vertreter der neuen israelischen Historiker,** und im Zusammenhang damit auch eine Veranstaltung an der Universität Tübingen zustande kam. **Das israelische Konsulat in München versuchte als staatliche Vertretung mit Druck auf die Universitätsleitungen die Veranstaltungen zu verhindern.**

electronicintifada.net/content/israels-new-strategy-sabotage-and-attack-global-justice-movement/8683

timesofisrael.com/israel-compiles-blacklist-of-bds-groups-to-be-barred-from-country/
haaretz.com/israel-news/MAGAZINE-inside-the-clandestine-world-of-israels-bds-busting-ministry-1.5453212
und <https://www.tagblatt.de/Nachrichten/Konsulin-schrieb-an-Rektor-376918.html>

Auf der Grundlage der falschen Darstellung der Verhältnisse in Palästina/Israel und BDS, wie sie die israelische Regierung in ihrer Kampagne propagiert, versuchen die Antragsteller die Kritik und die Stimmen der oft direkt betroffenen palästinensischen Einwohner in Stuttgart, der palästinensischen Vereine und sie unterstützenden Solidaritätsinitiativen aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. **Damit verstoßen sie gegen das Grundgesetz, wie das Verwaltungsgericht Oldenburg mit seinem Urteil vom September 2018 in jüngster Vergangenheit bestätigt hat (Az.: 3 A 3012/16 vom 27.09.2018) und schaffen ein totalitäres Klima.** Im Zentrum der Kampagne von DIG, CDU und anderen (siehe unten) steht vor allem das Palästinakomitee Stuttgart. Dies geschieht, obwohl der Verein (für alle nachlesbar und beobachtbar) in seiner Satzung und in seiner Praxis sich gegen Rassismus und Antisemitismus wendet und die Mitglieder sowie die Referenten und Partner des Vereins ein sehr breites gesellschaftliches Spektrum vertreten (politisch von der Linkspartei, über die SPD bis zu den Grünen, kirchliche Gruppen sowie Aktive aus der Flüchtlingsarbeit, Jüdinnen und Juden).

Dagegen können **Hasspropagandisten gegen den Islam wie Michael Stürzenberger frei im Stuttgarter öffentlichen Raum auftreten. Nirgendwo findet sich eine Kritik der CDU-Antragsteller gegen die Diffamierung der Religion zahlreicher Stuttgarter Bürger mitten im Zentrum der Stadt. Völlig ungehindert hat Stürzenberger** beispielsweise am 16. November 2018 auf dem Stuttgarter Schlossplatz und vor dem Milaneo bei Kundgebungen von Pax Europa seine gegen Muslime gerichteten Hetz-Thesen verbreitet. Die Reaktionen der Passanten, die auf einem youtube-Film gezeigt werden, zeigen, wie verstörend dieser Auftritt auf die Bürger wirkte und wie sehr Stürzenbergers Kundgebungen darauf ausgerichtet sind, das friedliche und einvernehmliche Zusammenleben zu beeinträchtigen. Die AFD ist ein wichtiger Bezugspunkt für Stürzenberger. Deutlich sichtbar wehte bei dieser Pax Europa-Kundgebung die Fahne des Staates Israel am Stand bei der Kundgebung auf. (Siehe unter anderem: youtube.com/watch?v=QPhO_nrT8vU)

Mit dieser Fahne verschafft sich die Rechte einen Deckmantel, unter dem sie ihre menschenfeindliche Propaganda ungehindert verbreiten kann. Für die AFD und noch stärker rechtsextreme Kräfte ist der Staat Israel mit seinem ausgrenzenden und diskriminierenden Nationalismus sowie seiner extrem flüchtlingsfeindlichen Politik ein Vorbild. Die Programme der israelischen Regierungsparteien entsprechen seit langem den Inhalten der deutschen Rechtsextremen. Die internationalen Partner sind die gleichen: Bolsonaro, Orban, Kaczynski, Salvini, Wilders, Strache, Le Pen, Trump und nicht zuletzt Mohamed Bin Salman, Saudi Arabien).

Solche Hasspropaganda belastet das Klima der weltoffenen Stadt Stuttgart, gefährdet die Demokratie und legt den Nährboden für die vielen Formen des Rassismus. Dass die extrem rechten Kräfte in einem gegen Antisemitismus gerichteten Antrag nicht erwähnt werden, erstaunt. Immerhin verorten sämtliche öffentliche Statistiken die übergroße Mehrzahl der Verantwortlichen für antisemitische Straftaten bei den politischen Kräften am äußersten rechten Rand.

Das Zusammenspiel der Machtpolitik rechter israelischer Regierungen mit den deutschen Rechtsextremen ergibt eine bedrohliche Kombination. Menschenrechtler werden behindert und aus der öffentlichen Diskussion wegzensiert, die Gefährlichkeit der rassistischen Inhalte der ultrarechten Propaganda verschwindet unter dem Schafspelz der Israelfreundschaft.

Gerade in diesem Zusammenhang wirft ein **weiterer Aspekt ein zweifelhaftes Licht auf die Initiative der CDU-Gemeinderäte. Wer sich die Anträge für den Gemeinderat in den vergangenen Monaten ansieht, entdeckt, dass gerade die AFD die im CDU-Antrag formulierten Schritte seit etwa einem Jahr mit großer Hartnäckigkeit verfolgt.** Begonnen hat die Kampagne in den Gremien mit einem AFD-Antrag vom 1. April 2018, der exakt die gleichen Ziele mit einer inhaltlich gleichen Begründung beinhaltet wie der vorliegende CDU-Antrag. Darauf folgten zwei weitere Anträge der inzwischen aus der AFD ausgetretenen Gemeinderäte Heinrich Fiechtner und Bernd Klingler, die sich auf diesen AFD-Antrag beziehen. Den jüngsten Vorstoß unternahmen die Gemeinderäte Fiechtner und Klingler im März 2019. Die AFD-Abgeordnete Christina Baum stellte am 10. Oktober 2018 im Stuttgarter Landtag eine kleine Anfrage, die sich ebenfalls gegen die Unterstützer der BDS-Bewegung sowie Veranstaltungen von Kritikern der israelischen Politik richtet.

Die zeitliche Nähe der Kampagne der AFD sowie die exakt gleichen Inhalte und Forderungen, erwecken den

Anschein, dass sich die CDU-Fraktion das gegen die Meinungsfreiheit und demokratische Diskussion gerichtete politische Anliegen der AFD zu eigen gemacht hat.

Wir fordern die Antragsteller und CDU-Gemeinderäte der Stadt Stuttgart auf: Respektieren Sie das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung, Diskussions- und Versammlungsfreiheit. Verwickeln Sie die Stadt Stuttgart nicht in eine grundgesetzwidrige Kampagne, die das demokratische Klima beschädigt.

Ziehen Sie die richtige Konsequenz aus der dunklen Stadtgeschichte der Nazi-Zeit, **stärken Sie die Unterstützer von Menschenrechten und Demokratie. Distanzieren Sie sich von dem Versuch rechter Kräfte und der israelischen Regierung, Palästinenser, ihre Organisationen sowie jüdisch-israelische und jüdische Kritiker aus dem öffentlichen Raum der Stadt Stuttgart zu drängen und auszugrenzen.**

Distanzieren Sie sich deutlich von Parteien wie der AFD, die in engem Kontakt zu offen und eindeutig verfassungsfeindlichen und neonazistischen Gruppierungen stehen (siehe dazu Christian Fuchs und Paul Middelhof „Das Netzwerk der Neuen Rechten“, Rowohlt 2019) und die Demokratie gefährden.

Ziehen Sie ihren Antrag vom 12. April 2019 ersatzlos zurück. Er ist geeignet, das Miteinander verschiedener Kulturen und das internationale Ansehen der Stadt Stuttgart schwer zu beschädigen.

Wir bitten den **Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart Fritz Kuhn sowie die Verantwortlichen in der Verwaltung der Stadt, den oben genannten Antrag der CDU nicht zur Abstimmung und Diskussion zu stellen.**

Die Stadträte der Stadt Stuttgart fordern wir auf, dem oben genannten CDU-Antrag auf jeden Fall die Zustimmung zu verweigern, da er das offene Klima in der Stadt negativ beeinträchtigen sowie das Ansehen Stuttgarts beschädigen würde. Der Antrag widerspricht dem Grundgesetz und beschädigt die Demokratie in der Stadt.

Zu Ihrer Information fügen wir im Anhang folgende Dokumente bei:

1. **Den BDS-Aufruf aus dem Jahr 2005 in deutscher Übersetzung.** Daraus ersehen Sie, dass die Unterzeichner des Aufrufs mit der Initiative auf die völlige Missachtung des Rechtsgutachtens des Internationalen Gerichtshofs aus dem Jahr 2004 zur Mauer in der Westbank durch den Staat Israel reagieren. Außerdem wird deutlich, dass sich die BDS-Kampagne nicht gegen bestimmte Gruppen (z. B. Israelische Staatsbürger oder gar Juden) richtet, sondern sich gegen Menschenrechtsverletzungen und die dafür Verantwortlichen wendet. Die Ziele der BDS-Bewegung, nämlich die Verwirklichung der grundlegenden Rechte der Palästinenser, sind mit dem Völkerrecht begründet und mit zahlreichen UN-Resolutionen bestätigt.

2. **Die beiden Erklärungen der jüdischen Akademiker**

3. **Die Anträge von AFD und CDU**

Mit freundlichen Grüßen,

Verena Rajab, für den Vorstand des Palästinakomitee Stuttgart e.V.

Kontakt: Verena Rajab, Außenbeauftragte im Vorstand

Tel. 01525 311 4044, eMail: pakos@online.de